

Vor einem Jahr wurde in Jerusalem das neue Haus des **Willy-Brandt-Zentrums** für Begegnung und Verständigung eingeweiht. Das WBZ ist ein einmaliges Gemeinschaftsprojekt, an dem wir Jusos, aber auch unsere israelischen und palästinensischen Partnerorganisationen teilnehmen. Das einjährige Jubiläum wurde mit einer gemeinsamen Konferenz «Decisions for Histories - Decisions for Futures» begangen, an der auch Juso-Bundesvorsitzender Björn Böhning, die ehemaligen Vorsitzenden Andrea Nahles und Niels Annen sowie zwei Delegation von 15 weiteren Jusos teilnahmen. (Juso-Bundesverband sowie Jusos Gießen). Die „Reise nach Jerusalem“ wurde erst durch eine Einladung unserer israelischen Freunde von Young Yahad und Young Labour ermöglicht, bei denen wir uns für ihre Gastfreundschaft herzlich bedanken möchten.

Nahostkonflikt hautnah

Eindrücke eines Jusos nach einer Woche Israel / Palästina

Von Jan Kreutz, Bundeskommission Internationales, Leiter Europa-AG Berlin

„Warum habt ihr Deutschen so ein großes Interesse an unserem Konflikt?“ Dies war die erste und am häufigsten gestellte Frage, die ich während unseres einwöchigen Aufenthalts in Israel, Palästina und den Golan-Höhen zu hören bekam. So berechtigt diese Frage war, so schwierig fiel mir die Antwort.

Erst einmal ist da natürlich die historische Verantwortung, die wir Deutschen dem jüdischen Volk gegenüber haben. Ein Besuch in Yad Vashem brachte mir diese wieder in Erinnerung. Juden wurden über Jahrhunderte verfolgt, diskriminiert und vernichtet. Sie haben das Recht auf einen Ort, an dem sie sicher leben können - und dies ist der Staat Israel.

Es ist allerdings nicht nur diese Verantwortung, die unser Interesse an diesem Konflikt weckt. Vielmehr ist es die Bedeutung, welcher dieser Konflikt für die internationalen Beziehungen allgemein hat. Der Bruder eines Selbstmordanschlagsopfers sagte uns in einer Begegnung: „Israel is not the worst place in the world, but it is a key. Either peace or war will start here.“

Dabei steht vor allem immer eine Frage im Vordergrund: Recht oder Unrecht? Menschliche, wirtschaftliche und soziale Opfer auf der jeweils anderen Seite lassen sich scheinbar immer rechtfertigen und die Argumente sind ähnlich. Einerseits ist es der „Kampf gegen den Terror“, der die Missachtung von Menschenleben und Menschenrechten „erlaubt“, andererseits ist es der „Unabhängigkeitskampf“ gegen die Besatzung. Dass dieses Verständnis in breiten Schichten beider Gesellschaften verwurzelt ist, zeigt auch ein Satz, der während der Konferenz des Willy-Brandt-Zentrums fiel: „We are occupiers and we are right!“

Von uns wurde bei vielen Diskussionen erwartet, dass wir uns bezüglich dieser Frage auf eine der beiden Seiten stellen. Die Jusos sind bisher sehr gut damit gefahren, dies nicht zu tun, sondern eine ausgewogene Position zu beziehen. Beide Seiten haben gleichermaßen Recht und Unrecht. Genau wie die israelischen Juden haben auch die Palästinenser das Recht auf ein eigenes Territorium und einen eigenen Staat. Keine der beiden Seiten hat allerdings das Recht, beim Versuch, diesen Staat durchzusetzen, Unrecht zu begehen. Einerseits werden fanatische Selbstmordattentate und ihre mentale Unterstützung durch einen Großteil der Bevölkerung der Unabhängigkeit Palästinas nicht helfen. Andererseits wird Israel so lange keine Sicherheit haben, solange unschuldige Bewohner von Flüchtlingslagern zu Tode kommen und die kleinsten Wurzeln demokratischer Entwicklung in Palästina im Keim erstickt werden.

Sich in diesen Konflikt „einzumischen“, lässt sich wohl auch damit rechtfertigen, dass er für die verschiedenen Akteure eine perverse Normalität gewonnen hat. Menschliche Schicksale scheinen zunehmend irrelevant zu sein. Man möchte beweisen, dass man die Seite ist, die größeres Leid ertragen hat, und fängt an sich die Statistiken der Todesopfer vorzurechnen.

Vereinzelt gibt es auf israelischer Seite Behauptungen, der Konflikt mit den Palästinensern sei notwendig, um ein Auseinanderbrechen Israels in ein orthodoxes und ein gemäßigtes Lager zu verhindern. Auch auf palästinensischer Seite gibt es durchaus ein Interesse am Fortbestand des Konflikts. Die Blockade der palästinensischen Territorien durch Israel geben Arafat und seinen alten Männern eine ausreichende Entschuldigung, demokratische Reformen und die Abgabe seines Machtmonopols zu unterbinden.

Wo liegt dann aber die Lösung des Konflikts? Kein Mitglied unserer Delegation hatte wohl die Illusion, diese Frage zu beantworten, und doch hat man sie sich insgeheim

immer wieder gestellt. Ich denke, dass man angesichts der geringen Bereitschaft beider Seiten zur friedlichen Koexistenz auf absehbare Zeit nicht an einer Zweistaatenlösung vorbeikommen wird. Beide Seiten müssen über ein beiderseits anerkanntes und unveränderbares Territorium verfügen, Sicherheitsgarantien haben und über einen demokratischen, Menschenrechte achtenden Staatsapparat verfügen. Der Weg dorthin wird nicht einfach. Einerseits muss Arafat bereit sein, Macht an die Regierung abzugeben, die für Dezember in einigen Regionen Palästinas geplante Kommunalwahl zuzulassen und entschieden gegen den Terror der Hamas und der Al-Aksa-Brigaden vorgehen. Andererseits muss die Regierung Israels Siedlungen aufgeben, anerkennen, dass es durchaus einen Partner auf der anderen Seite gibt – wenn nicht Arafat, dann zumindest in Person des Premierminister und der Regierungsmitglieder – und die wirtschaftliche Entwicklung Palästinas unterstützen. Angesichts der Politik Sharons, in Form neuer Siedlungen in der Westbank und dem Bau der Mauer unwiderrufbare Fakten zu schaffen, muss allen Akteuren bewusst sein, dass die Zeit für eine friedliche Lösung langsam aber sicher verrinnt. Die Genfer Initiative der letzten Jahre hat aber gezeigt, dass eine Lösung der Probleme durchaus möglich ist, wenn man bereit ist, miteinander darüber zu reden.

Darin genau besteht die Rolle, welche Deutschland und die EU spielen kann: Wir können beide Seiten dazu bringen, sich an einen Tisch zu setzen und ernsthaft über eine friedliche Zukunft nachzudenken. Gerade wegen ihres starken Engagements in der Region – insbesondere für die israelische Seite – ist die USA nicht in der Lage, diese Aufgabe des Vermittlers zu übernehmen. Bei unserer Begegnung mit verschiedenen Parteijugend- und zivilgesellschaftlichen Organisationen wurde deutlich, dass auf beiden Seiten viele Menschen bereit sind, an der Versöhnung der verschiedenen Völker, Religionen und Kulturen mitzuarbeiten. Das Interesse der Jusos muss es sein, diese Kräfte bei ihren Bemühungen um die Lösung des Konflikts zu stärken. Eine besondere Rolle dabei muss das Willy-Brandt-Zentrum spielen. Es wurde geschaffen, um israelische und palästinensische Jugendliche an einen Tisch zu bringen und um jene Jugendorganisationen zu stärken, die auf eine Lösung des Konflikts hinarbeiten. Zwar hat das Zentrum im ersten Jahr seines Bestehens viele gute Ansätze gezeigt. Langfristig bleibt es aber davon abhängig, ob wir Jusos uns unserer Verantwortung für die Region bewusst sind und über das Engagement des Willy-Brandt-Zentrums hinaus uns lautstark in den Konflikt einmischen und versuchen zu seiner Lösung beizutragen.

**Für Corporate: Die folgenden Kästchen sollen in den Fließtext eingearbeitet werden
(=nähere Ergänzung)**

Aufbereitung der Vergangenheit

Von Martin Linkohr, Juso aus Köthen

(Yad Vashem und Treffen mit Holocaust-Überlebendem Yehuda Bacon)

Gleich zu Beginn unserer Delegationsreise besuchten wir das nationale Holocaust Museum Yad Vashem vor den Toren Jerusalems. Herzstück der Gedenkstätte ist eine mit 3.000.000 Namen gefüllte Datenbank. Diese soll nicht nur allein an den Genozid erinnern, sondern mit der Veröffentlichung der Einzelschicksale ist auch die Hoffnung verbunden, Hinterbliebene oder gar Überlebende zu vernetzen. Das sehr detaillierte Wissen über Einzelschicksale und die damit verbundene Vermenschlichung der Opfer wird sicherlich noch viele kommende Generationen beschäftigen.

Eine noch intensivere Auseinandersetzung mit diesem Thema erfuhren wir bei einem Treffen mit Yehuda Bacon, der uns schilderte, wie er durch eine Vielzahl von Zufällen den Holocaust überlebte und seine Erlebnisse in Bildern verarbeitete. Heute zählt er zu den bedeutendsten Künstlern Israels und ist auch in Deutschland durch Ausstellungen - wie im letzten Monat in der Parteizentrale in Berlin - bekannt.

Unvergessen wird uns sein Satz sein, den er uns bei der Verabschiedung mit auf den Weg gab: „Hass ist zerstörerisch. Man muss Hass zerbrechen.“

Bei den ‚dauerhaften Bewohnern‘ des Golan

(Fahrt durch die Golan-Höhen und Besuch in Majdal al-Shams)

„Israels Norden – Sicherheit oder Besatzung?“ – Dieser Frage gingen wir im Golan auf die Spur. Eli Safran vom Kibbuz Sasa begleitete uns durch das besetzte Gebiet zwischen dem See Genezareth und Har Hermon, dem höchsten Berg Israels. Mit seinen Schilderungen von dieser Region inmitten von Eukalyptusbäumen, ehemaligen Minenfeldern und rostenden Fahrzeugwracks gab uns Eli einen umfangreichen Überblick über die Geschichte und die Menschen dieser Region.

In Majdal al-Shams machten wir Halt am „Shouting Hill“. Hier verläuft die Grenze zwischen dem von Israel besetzten Golan und Syrien und hier ist es, wo voneinander getrennte Familien via Lautsprecher über den Grenzzaun hinweg mit ihren Angehörigen auf der gegenüber liegenden Seite sprechen können.

Im Gespräch mit Dr. Abu Saleh, einem Bewohner von Majdal al-Shams, erfuhren wir mehr über die Situation der drusischen Bevölkerung, deren Staatsangehörigkeit ungeklärt ist. Dass in den Medien der Kampf der Drusen nicht aufgegriffen wird, liegt an der Art und Weise des Kampfes. Dieser zielt nämlich nicht – anders als bei den Palästinensern – auf einen eigenen Staat ab, sondern auf die Angliederung an den Staat Syrien, der längst existiert. „Protest ist nicht nur, wenn man Steine wirft“, hebt Abu Saleh hervor.

Ein kleines Stück Normalität

(Bei Al-Mubadara und der Fatah-Jugend in Ramallah)

Einige hupten im Vorbeifahren und winkten aus ihren Autos heraus. Die Rede ist von den Pkw-Fahrern, die es offenbar freute, uns als Besucher in ihrer Stadt anzutreffen. Es schien, als würden wir durch unsere Präsenz ein ganz kleines Stück Normalität widerspiegeln; Normalität in einer Stadt, die von Deutschland aus betrachtet alles andere als gewöhnlich sein mag: Ramallah. Und doch bot sich uns das Bild eines halbwegs funktionierenden Alltagslebens: Schulkinder, die auf ihrem Weg nach Hause waren, Imbissbetreiber, die vor ihren Läden frische Pfannkuchen zubereiteten oder Passanten, die sich einfach nur unterhielten.

Einer unserer Gesprächspartner nur wenige Kilometer hinter Checkpoint und Neun-Meter-Mauer war Dr. Mustafa Barghouti, der Generalsekretär von Al-Mubadara (Palestinian National Initiative). Al-Mubadara bemüht sich deutlich um eine erfolgreiche Durchführung der anstehenden Kommunalwahlen in den palästinensischen Gebieten und ermutigt die Menschen, sich für die Wahl zu registrieren. Zudem sieht sich Al-Mubadara als notwendige dritte politische Kraft. Das Ziel der Bewegung klingt logisch: „Was wir brauchen, ist ein demokratisches System.“

Eine andere Meinung hingegen vertrat ein Vorstandsmitglied der Fatah-Jugend, das wir im Anschluss trafen. Die Bevölkerung sei die Wahlregistrierung leid. Es gelte, die ganze Situation zu ändern: „Die Menschen wollen Arbeit, Sicherheit, Brot...“

„Wir müssen daran glauben“

(Konferenz in Jerusalem)

Den Abschluss unserer Delegationsreise bildete die zweitägige Konferenz „Decision for History – Zukunft und Perspektiven“ im Tantur Ecumenical Institute in Jerusalem. Neue Freunde zu finden und mit ihnen zu diskutieren, einander zuzuhören, von anderen zu lernen, den Dialog für den Frieden fortzusetzen und die Ergebnisse für zukünftige Projekte zu nutzen – mit diesen Erwartungen starteten die Teilnehmer in die Konferenz.

Neben einer Podiumsdiskussion und einem Workshop zur Bedeutung historischer Narrativen für den Konflikt und seine Lösung hatten schließlich auch die Vertreter der Parteilugendorganisationen das Wort. Yair Bortinger (Yahad-Jugend) rief alle Anwesenden zu mehr Mut auf: „Wir können etwas bewegen, aber wir müssen daran glauben.“ Eran Mozel (Labor-Jugend) betonte die gemeinsamen Werte des Sozialismus' und der Demokratie und zwar auch auf der Seite des Nachbarn, während Sheerin Alaraj (Fatah-Jugend) dazu appellierte, ehrlich sowohl zueinander als auch zu sich selbst zu sein.

Zwar wurden im Rahmen der Konferenz auch Kritikpunkte seitens einiger Teilnehmer heraus gestellt, zum Beispiel die mitunter fehlende Toleranz gegenüber den Meinungen anderer. Insgesamt wurde die Konferenz in Jerusalem aber überwiegend als positiv bewertet und die Hoffnung auf weitere gemeinsame Aktivitäten geäußert. Und – in Hinblick auf das Engagement der Beteiligten für ein friedliches Zusammenleben – die Aufforderung: „Gebt niemals auf!“

Zitatsammlung:

“The mental wall is bigger than the physical one“ [Lotty, Parents Circle]

"We can either use stones to throw them at each other, or we can use them to build something new." [Albert Aghazarian, Historian living in East-Jerusalem]

"I found out, they are humans" [Aziz, Parents Circle]

"The drama is unfolding and the world is watching." [Albert Aghazarian, Historian living in East-Jerusalem]

"We are occupiers and we are right!" [Eran Mozel, IUSY-Vice-President Young Labour]

"It is a war between people who want peace, and those who don't" [Elik, Parent Circle]

„Gaza ist ein Plan, die Mauer ist Realität." [Herr Berger, Deutsches Vertretungsbüro in der Westbank]

„You have to win democracy, it will not be given to you." [Representative of Mubadara]